

L1 Ostsee im Wandel: Lebensräume retten, Frieden sichern

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 24.04.2025

Tagesordnungspunkt: 6. Leitantrag: "Ostsee im Wandel: Lebensräume retten, Frieden sichern"

Antragstext

Mehr als nur ein Meer: die Ostsee. Sie prägt unser Leben in Mecklenburg-Vorpommern auf vielfältige Weise. Sie formt von jeher unsere Landschaft, liefert Energie und Nahrung. Als Klimafaktor sorgt sie für angenehm kühle Sommer und milde Winter. Doch sie ist noch viel mehr: Sie ist Lebensraum, Wirtschaftsraum und Erholungsort. Mit ihrer Schönheit und Vielfalt zieht sie jedes Jahr Millionen von Besuchern an – und macht Mecklenburg-Vorpommern auch 2024 erneut zum beliebtesten Reiseziel in Deutschland [1]. Als sensibles ökologisches System verdient die Ostsee unseren besonderen Schutz und verantwortungsvolles Handeln.

Denn Fakt ist: Die Ostsee steht unter Druck. Laut EU-Klimadienst Copernicus, war 2024 das heißeste Jahr in Europa seit Beginn der Aufzeichnungen [2]. Während sich die Weltmeere in den letzten 30 Jahren um 0,5 Grad erwärmten, stieg die Temperatur der Ostsee überdurchschnittlich an – um etwa zwei Grad. Zusätzlich belasten Emissionen aus Industrie und Schifffahrt sowie Nährstoffeinträge aus der Landwirtschaft das fragile Ökosystem. Seit Jahrzehnten kämpft die Ostsee mit Problemen wie Überdüngung, Vermüllung und gefährlichen Altlasten wie Weltkriegsmunition – eine schleichende Bedrohung für Mensch und Natur.

Die Folgen sind längst spürbar: Der Meeresspiegel steigt, Sturmfluten nehmen zu, maritime Lebensräume schwinden. Diese Entwicklungen bringen tiefgreifende Folgen mit sich – vom Rückgang der Fischbestände bis hin zu verstärkter Küstenerosion. Traditionelle Wirtschaftsbereiche, wie die Küstenfischerei und der Tourismus, geraten zunehmend unter Druck. Gleichzeitig verschärfen sich die sicherheitspolitischen Spannungen im Ostseeraum – was eine nachhaltige und friedensorientierte Politik umso wichtiger macht. Insbesondere die zunehmenden hybriden Bedrohungen durch Russland – wie z.B. die Durchfahrt von maroden Tankern, die Beschädigung von Datenkabeln oder direkte militärische Präsenz – machen deutlich, dass der Schutz kritischer Infrastrukturen und die Verteidigungsfähigkeit der Küstenregion und des Ostseeraums zu einer Priorität der Landes- und Bundespolitik werden müssen. .

Die Ostsee ist Natur-, Lebens- und Wirtschaftsraum. Ihr Schutz ist eine Investition in unsere Zukunft - in Wohlstand, Sicherheit und Lebensqualität. Deshalb setzen wir uns für einen ganzheitlichen Ansatz ein, der ökologische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Perspektiven vereint. Für ein klimaneutrales, lebenswertes und sicheres Mecklenburg-Vorpommern.

Als Küstenland trägt MV eine besondere Verantwortung. Es ist entscheidend, dem menschengemachten Klimawandel entgegenzuwirken und gleichzeitig aktiv Anpassungsmaßnahmen an seine Folgen zu gestalten. Wir sind überzeugt: Unsere Region bietet große Chancen für eine nachhaltige Zukunft. Der Ausbau erneuerbarer Energien, eine umweltfreundliche Wirtschaftspolitik und gezielter Meeresschutz können Mecklenburg-Vorpommern zum Leuchtturm für nachhaltiges Wirtschaften machen. Ein zentraler Hebel liegt in einer verstärkten europäischen

Zusammenarbeit – insbesondere im Rahmen der EU-Ostseestrategie sowie gemeinsamen Forschungsaktivitäten im Ostseeraum. Zusammen mit unseren Nachbarn wollen wir grenzüberschreitende Lösungen entwickeln: für Klimaschutz, maritime Sicherheit und eine nachhaltige Nutzung der Ostsee. Mecklenburg-Vorpommern kann dabei als Brückenbauerin und Modellregion eine führende Rolle übernehmen.

1. Schutz der Ostsee

Als flaches Randmeer ist die Ostsee besonders anfällig für die Folgen der Klimakrise. Steigende Wassertemperaturen, die Ausbreitung sauerstoffarmer Zonen („Todeszonen“) sowie der dramatische Rückgang der Dorsch- und Heringsbestände zeigen, dass unsere Meeresumwelt unter gewaltigem Druck steht. Doch statt entschlossen gegenzusteuern, gelangen weiterhin zu viele Nährstoffe in die Ostsee – ein klarer Verstoß gegen die EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL), die EU-Meeresschutz-Rahmenrichtlinie (MSRL) und den HELCOM-Aktionsplan (Baltic Sea Action Plan). Allein aus Mecklenburg-Vorpommern gelangen jährlich rund 380 Tonnen Phosphor und 14.100 Tonnen Stickstoff in die Ostsee, überwiegend aus landwirtschaftlichen Quellen [3]. Durch fortschreitende Korrosion treten bereits heute giftige Sprengstoffverbindungen aus – mit zunehmender Gefahr für die Meeresumwelt [4].

Meeresschutzgebiete sind unter diesen Bedingungen dringend notwendige Rückzugsorte für bedrohte Arten und ein Schutzraum für deren Lebensräume. Etwa 45 Prozent der deutschen Meeresfläche in der Ostsee sind bereits als Schutzgebiete ausgewiesen. Die Ausweisung von Gebieten allein bedeutet jedoch nicht automatisch, dass diese auch umfassend und nachhaltig geschützt sind. So gibt es zwar für eine Reihe von Meeresschutzgebieten Managementpläne, diese sind aber teilweise unkonkret und lückenhaft – ein Zustand, der von Umweltverbänden, Wissenschaftler*innen und EU-Institutionen immer wieder kritisiert wird. Diese unklare Situation führt dazu, dass Schutzgebiete weiterhin intensiv wirtschaftlich genutzt werden – etwa durch die Fischerei, die Schifffahrt oder für den Abbau von Sand und Kies. Für wirksamen Schutz braucht es verbindlichere Regeln, eine konsequente Überwachung und besser abgestimmte Maßnahmen – vor allem zwischen Bund und Ländern. Die Einhaltung europäischer Vorgaben – von der EU-Wasserrahmenrichtlinie über das Natura-2000-System bis zur EU-Meeresschutz-Rahmenrichtlinie – muss auch auf Landesebene hohe Priorität haben.

Um die Ostsee wirksamer zu schützen, fordern wir ein umfassendes Maßnahmenpaket.

Nährstoffeinträge begrenzen

- Die Landesregierung wird beauftragt, sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass die künftige Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ab 2028 einen klaren Fokus auf die Förderung einer ökologisch nachhaltigen und gewässerschonenden Landwirtschaft legt.
- Die landesspezifischen Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen (AUKM) sollen verbessert und auf eine wirksame Nährstoffreduktion in der Landwirtschaft ausgerichtet werden.
- Die Landesregierung bekennt sich zu den Zielen der „Strategie zum Schutz und zur Nutzung der Moore in Mecklenburg-Vorpommern“ und berücksichtigt

insbesondere degradierte Moore an der Küste und an Fließgewässern, die ein hohes Potenzial für den Nährstoffrückhalt bieten.

- Auf Landesebene soll ein nachhaltiges und integriertes Wassermanagement eingeführt werden, das die Entwicklung eines landesweiten Monitoringsystems für Nährstoffeinträge umfasst.
- Das Landeswassergesetz muss überarbeitet werden, damit es wirksame und gleichzeitig bürokratiearme Festlegungen zum Schutz der Gewässer enthält, zum Beispiel über erweiterte Gewässerschutzstreifen und die Einführung eines elektronischen Meldesystems für Wirtschaftsdünger nach Vorbild von NRW und Niedersachsen.

Müllbelastung reduzieren

- Die Landesregierung soll Präventionsmaßnahmen ergreifen, insbesondere entlang der Küste – zum Beispiel die Förderung von Mehrwegverpackungen, Pfandsystemen und Recyclingstrukturen in Tourismusregionen.
- Der Coastal Cleanup Day soll ein landesweiter Aktionstag werden, der fest verankert in allen Bereichen ist. Neben der direkten Reinigung der Strände trägt der Aktionstag wesentlich zur Sensibilisierung der Bevölkerung für die Bedeutung von Abfallvermeidung und Umweltschutz bei.
- Es müssen Maßnahmen und Projekte angestoßen werden, um die Verschmutzung durch Zigarettenkippen an den Stränden zu verringern. Dabei soll sich das Land an anderen Projekten orientieren, die bereits Erfolg hatten – Eckernförde (SH) zum Beispiel, führte 2022 rauchfreie Bereiche ein, wodurch die Zahl der Zigarettenstummel halbiert wurde – ganz ohne aktive Kontrolle.
- Die Landesregierung soll die Küstenkommunen bei der Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer für Einwegverpackungen unterstützen, etwa durch rechtliche Beratung, Mustersatzungen und Förderprogramme.
- Die Landesregierung soll ein Landesprogramm zur Bergung von verlorenen Fischernetzen („Geisternetze“) dauerhaft finanzieren, sowie Programme zur Vermeidung von Netzverlusten initiieren.

Munitionsaltlasten beseitigen

- Einrichtung eines Expertenkreises „Munition im Meer“ auf Landesebene nach dem Vorbild Schleswig-Holsteins, um die Beräumung strategisch voranzutreiben.
- Aktive Unterstützung des begonnenen Prozesses zwischen Bund und Ländern zur Bergung der Munitionsaltlasten im Meer und Eintreten für eine faire Verteilung der Kosten zwischen Bund und Ländern.

Schutzgebiete stärken

- Konsequente Fortführung und Ausbau des Engagements Mecklenburg-Vorpommerns im Rahmen der EU-Ostseestrategie. Bestehende Kooperationen mit

Partnerregionen im Ostseeraum sollen intensiviert und neue Partnerschaften initiiert werden.

- Konsequenter Schutz bestehender Schutzgebiete in der Ostsee (wie FFH- und Vogelschutzgebiete), zum Beispiel durch die Erarbeitung von Zonierungskonzepten mit Fischerei und Nutzungsverbieten in sensiblen Zonen.

- Wiederherstellung von Laich- und Rückzugsgebieten für Fische über die Renaturierung von Küstengewässern, Bodden und Flachwasserzonen zur Wiederherstellung von wichtigen Lebensräumen (z.B. für Dorsch, Hering, Meerforelle).

- Entwicklung und Umsetzung eines wirksamen Schutzgebietsmanagements mit konsequenter Umsetzung von Schutz- und Kontrollmaßnahmen auf der Basis ausreichender personeller und finanzieller Ressourcen

- Stärkung der Umsetzung europäischer Umweltziele auf Landesebene durch Beteiligung an EU-Förderprogrammen wie LIFE und INTERREG, die Förderung nachhaltiger Regionalentwicklung und Kooperation mit Partnerregionen im Ostseeraum.

- Förderung von Bildungsprojekten und Teiligungsformaten an Schulen, Museen und Nationalparkeinrichtungen

- Informationskampagnen für die lokale Bevölkerung zu marinen Schutzgebieten, mariner Artenvielfalt und zur Notwendigkeit eines regulierenden Schutzgebietsmanagements.

2. Küstenschutz

Der durch den Klimawandel bedingte Meeresspiegelanstieg stellt eine zunehmende Herausforderung für die Küstenregionen entlang der Ostsee dar. Stärkere und häufigere Sturmfluten sowie verstärkte Küstenerosion bedrohen sowohl Siedlungen, Infrastruktur und landwirtschaftlich genutzten Flächen als auch wertvolle Naturräume. Wellen, Brandung und Strömungen drängen die Küste kontinuierlich zurück, sodass Gemeinden sich gleichermaßen vor Überflutung und Erosion schützen müssen. Der größte Teil des Schutzes wird dabei durch Küstenschutzdünen, Deiche und Buhnen geleistet. Zusätzlich sollen technische Verfahren wie Aufspülungen oder Baggerungen verhindern, dass sich die Küstenmorphologie verändert. All diese traditionellen Küstenschutzmaßnahmen sind sehr kostenintensiv und greifen oft stark in die natürlichen Prozesse ein. Dabei geht es auch anders. Seegraswiesen, renaturierte Feuchtgebiete und Dünen bieten vielfältige Vorteile: Sie schützen die Küste, fördern die Biodiversität, binden CO₂ und passen sich dynamisch an veränderte Bedingungen an. Mecklenburg-Vorpommern hat mit seiner langen Ostseeküste eine besondere Verantwortung, innovative und nachhaltige Küstenschutzkonzepte zu entwickeln und umzusetzen. Wichtig ist, dass die Konzepte auf wissenschaftlich basierten Prognosen des Meeresspiegelanstiegs aufbauen. So können sie auch als Modellprojekte für andere Küstenregionen dienen und die Vorreiterrolle des Landes im Bereich des ökologischen Küstenschutzes stärken.

168 Wir fordern die Entwicklung und Umsetzung eines umfassenden Maßnahmenpaketes zum
169 Schutz der Ostseeküste in Mecklenburg-Vorpommern:

- 170 • Die vorhandenen Deiche sollen auf ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber
171 Sturmfluten und steigendem Meeresspiegel überprüft und wo nötig verstärkt
172 werden. Dabei sollen ökologische Bauweisen bevorzugt werden, die Raum für
173 natürliche Dynamiken lassen und gleichzeitig den Schutz von Küstenorten
174 gewährleisten.
- 175 • In geeigneten Bereichen sollen kontrollierte Überflutungsflächen
176 geschaffen werden, die bei Sturmfluten als natürliche Puffer dienen.
177 Gleichzeitig sollen degradierte Küstenfeuchtgebiete renaturiert werden, um
178 ihre Funktion als natürliche Küstenschutzsysteme wiederherzustellen.
- 179 • Dünen sind natürliche Barrieren gegen Sturmfluten. Es sollen Programme zur
180 Stabilisierung und zum Schutz bestehender Dünensysteme sowie zur Neuanlage
181 von Dünen in gefährdeten Küstenabschnitten entwickelt werden. Dabei dürfen
182 die wenigen verbliebenen naturnahen Dünen- und Strandwallbereiche nicht
183 mit künstlichen Befestigungen oder Steinanschlüttungen befestigt werden.
- 184 • Seegraswiesen sind natürliche Wellenbrecher, die Erosion verhindern, CO₂
185 binden und wichtige Lebensräume für die marine Biodiversität. Projekte zur
186 Entwicklung wissenschaftlich fundierter Konzepte zur Renaturierung von
187 Seegraswiesen sind notwendig.
- 188 • Wir fordern ein schnelleres und besser koordiniertes Handeln der
189 verschiedenen Akteure und Verwaltungsebenen. Dabei müssen die aktuellen
190 wissenschaftlichen Erkenntnisse in das Landesraumentwicklungsprogramme-MV
191 und die betroffenen Regionalen Raumentwicklungsprogramme der
192 Planungsverbände eingebunden werden.

193 3. Erneuerbare Energien

194 Mecklenburg-Vorpommern hat das Potenzial, eine Vorreiterrolle bei der
195 Energiewende einzunehmen und bis spätestens 2035 klimaneutral zu werden. Dafür
196 müssen wir den bereits geplanten Ausbau erneuerbarer Energien massiv
197 vorantreiben und unnötige fossile Infrastruktur vermeiden. Offshore-Windenergie
198 ist besonders effizient, denn auf See weht der Wind beständiger und
199 durchschnittlich stärker als an Land. Auf Meeresflächen erzeugter Windstrom ist
200 also ein wichtiger Baustein, um eine nachhaltige Energieversorgung und damit die
201 deutschen Energie- und Klimaziele zu erreichen.

202 Wir fordern, Offshore-Windkraft zur zentralen Säule der Energiewende zu machen

- 203 • Wir fordern den zügigen Personalaufbau bei den Planungsbehörden, damit die
204 zwischen dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, dem
205 Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie, den Netzbetreibern und den

Küstenländern vereinbarten Offshore-Realisierungsvereinbarungen
fristgerecht umgesetzt werden können.

- Wir setzen uns für die Entwicklung von Küsten- und Hafenkonzepten ein, um Mecklenburg-Vorpommern als zentralen Standort für Offshore-Technologie und industrielle Wertschöpfung nachhaltig zu stärken.

- Wir wollen die gesetzlichen Grundlagen für die Mehrfachnutzung von Offshore-Windparks schaffen, insbesondere zur Integration von Blue Economy-Anwendungen wie der Meeresalgenproduktion an unterseeischen Strukturen der Windkraftanlagen.

Ergänzend soll eine grüne Wasserstoff-Infrastruktur aufgebaut werden

- Hafeninfrastruktur fit für die Anlandung, das Bunkern und Betanken mit Wasserstoff machen.

- Wir setzen uns dafür ein, bestehende fossile Infrastrukturen in grüne Wasserstoff-Infrastruktur umzunutzen, um bestehende Strukturen effizient weiterzuverwenden und Kosten zu senken.

- Wir unterstützen gezielte und langfristige Investitionen in Wasserstoff-Technologien und Speicherlösungen, die das grüne Wasserstoffkernnetz sinnvoll ergänzen und die Energiewende absichern.

- Wir fordern den zügigen Ausbau der Hafeninfrastruktur, um die Anlandung, das Bunkern und das Betanken mit Wasserstoff flächendeckend zu ermöglichen und Häfen zukunftsfähig aufzustellen.

4. Wirtschaft – Nachhaltigkeit als Chance für Mecklenburg-Vorpommern

Die maritime Wirtschaft ist ein zentraler Wirtschaftszweig in Mecklenburg-Vorpommern und insbesondere für den Bereich der erneuerbaren Energien auf Wachstumskurs. Die Fischerei hingegen steht vor existenziellen Herausforderungen. Der Klimawandel, Jahrzehnte der Überfischung und hohe Nährstoffeinträge ließen die Bestände von Dorsch und Hering massiv einbrechen. Gleichzeitig bieten nachhaltiger Tourismus, eine umweltfreundliche maritime Wirtschaft und innovative Technologien große Chancen für die Zukunft.

Wir fordern eine nachhaltige Wirtschaft an der Ostsee.

Nachhaltige Seehäfen:

- Statt Flächenerweiterungen in ökologisch sensiblen Küstenabschnitten soll eine effizientere Nutzung der bestehenden Hafeninfrastruktur priorisiert werden. Bei unvermeidbaren Kapazitätserweiterungen sollen Flächen im Hinterland genutzt werden, die eine geringere ökologische Sensibilität aufweisen. Hierfür sind entsprechende raumplanerische Konzepte zu entwickeln.

- Die landseitige Stromversorgung für Schiffe (Shore Power) soll in allen Ostseehäfen des Landes flächendeckend ausgebaut werden, um die

245 Luftverschmutzung durch laufende Schiffsmotoren in den Häfen zu
246 reduzieren.

- 247 • Die Anbindung der Häfen an das Schienennetz muss deutlich verbessert
248 werden. Ein Großteil des Hinterlandverkehrs der Ostseehäfen soll auf die
249 Schiene verlagert werden. Dafür sind entsprechende Infrastrukturmaßnahmen
250 zu planen und umzusetzen.

- 251 • In allen Ostseehäfen sollen moderne Abfallentsorgungskonzepte
252 implementiert werden, die eine umweltgerechte Entsorgung von
253 Schiffsabfällen zu gewährleisten und Anreize für Abfallvermeidung zu
254 schaffen.

255 Zukunft der Werften – Nachhaltige Transformation statt Krise

- 256 • Wir wollen nachhaltiges und umweltfreundliches Schiffsrecycling an
257 Standorten in Mecklenburg-Vorpommern fördern. Dafür fordern wir ein
258 Konzept für die Etablierung moderner Schiffsrecycling-Betriebe zu
259 entwickeln, die höchsten Umwelt- und Arbeitsschutzstandards entsprechen.
260 Gleichzeitig soll sich die Landesregierung auf Bundesebene für die
261 notwendige Anpassung gesetzlicher Rahmenbedingungen einsetzen, um diese
262 zukunftsträchtige Branche in Deutschland zu ermöglichen.

- 263 • Die Werften und Zulieferbetriebe sollen bei der Umstellung auf
264 klimafreundliche Schiffstechnologien unterstützt werden, sowohl bei
265 Entwicklung und Bau von Schiffen mit alternativen, nachhaltigen
266 Antriebssystemen als auch Reedereien und Schiffseigner bei der Umrüstung
267 ihrer Flotten auf umweltfreundlichere Technologien.

- 268 • Die Forschungsinfrastruktur für maritime Technologien in Mecklenburg-
269 Vorpommern soll ausgebaut werden, indem branchenspezifische
270 Technologiezentren, insbesondere der Ocean Technology Campus im
271 Fischereihafen Rostock, gefördert werden.

- 272 • Es soll ein Programm entwickelt werden, um die Werftindustrie in den
273 Ausbau erneuerbarer Energien zu integrieren. Dabei sollen Werften und
274 maritime Zulieferer bei der Umstellung ihrer Produktion auf Komponenten
275 für Offshore-Windkraftanlagen und andere erneuerbare Energietechnologien
276 unterstützt werden. Dies umfasst Qualifizierungsmaßnahmen für Beschäftigte
277 sowie Investitionsförderungen für notwendige Umrüstungen der
278 Produktionsanlagen.

279 Nachhaltiger Tourismus – Natur und Wirtschaft in Einklang bringen

- 280 • Der aktuelle Gesetzesentwurf zum Landestourismusgesetz soll um
281 verbindliche Nachhaltigkeitskriterien für Hotels, Gastronomie und
282 Freizeitangebote ergänzt werden. Diese Kriterien sollen ökologische
283 Standards, regionale Wirtschaftskreisläufe und soziale Nachhaltigkeit
284 umfassen.

- 285 • Das Land muss strenge Vorgaben für die Planung und Genehmigung
286 touristischer Großprojekte in natursensiblen Bereichen entwickeln. Diese
287 Vorgaben müssen eine umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung,

288 Bürgerbeteiligung und Nachhaltigkeitsbewertung beinhalten. Touristische
289 Großprojekte wie der geplante Center-Parcs auf der Halbinsel Pütznitz
290 werden derzeit ohne ausreichende Berücksichtigung von Umweltbelangen und
291 ohne angemessene Bürgerbeteiligung vorangetrieben. Dies führt zu
292 Konflikten und gefährdet die Akzeptanz des Tourismus in der Bevölkerung
293 [5].

- 294 • Ein landesweites Verkehrssteuerungskonzept für touristische Hotspots soll
295 in Zusammenarbeit mit Kommunen und Tourismusverbänden erarbeitet werden.
296 Darin sollen insbesondere kostenlose Shuttlebusse und Park-and-Ride-
297 Angebote mitgedacht werden. Die Verkehrssituation auf Rügen und dem
298 Fischland/Darß hat sich in den Sommermonaten dramatisch zugespitzt. Hier
299 bedarf es intelligenter Verkehrslösungen, um Staus zu vermeiden und die
300 Umweltbelastung zu reduzieren.
- 301 • Wir fordern die Einführung einer landesweiten Gästekarte, die zur
302 kostenlosen Nutzung des ÖPNV berechtigt und auch für Einheimische zu
303 vergünstigten Konditionen verfügbar ist. Parallel dazu soll das ÖPNV- und
304 SPNV-Angebot in touristischen Regionen ausgebaut werden. Das würde nicht
305 nur den Individualverkehr reduzieren, sondern auch die Attraktivität des
306 Urlaubsziels Mecklenburg-Vorpommern steigern. Gleichzeitig profitieren
307 Einheimische von einem verbesserten ÖPNV-Angebot.
- 308 • Ein Förderprogramm für sanften Tourismus in den Nationalparks soll
309 aufgelegt werden. Dieses soll Projekte unterstützen, die Naturerlebnisse
310 und Umweltbildung in den Mittelpunkt stellen und besonders nachhaltige
311 Tourismuskonzepte entwickeln. Nationalparks wie Vorpommersche
312 Boddenlandschaft/Jasmund zeigen bereits erste Überlastungserscheinungen.
313 Ein nachhaltiges Besuchermanagement ist erforderlich, um diese wertvollen
314 Naturräume zu schützen.
- 315 • In den Küstenregionen sollen Tourismus-Bürger*innenräten eingerichtet
316 werden, die bei der Entwicklung touristischer Konzepte mitwirken und die
317 Interessen der lokalen Bevölkerung vertreten. Die Einbindung der lokalen
318 Bevölkerung stärkt die Akzeptanz des Tourismus und ermöglicht eine
319 Entwicklung, die den Bedürfnissen der Menschen vor Ort gerecht wird.
- 320 • In den Häfen Mecklenburg-Vorpommerns soll eine gestaffelte Umweltafgabe
321 für Kreuzfahrtschiffe eingeführt werden, deren Höhe sich nach
322 Schiffsgröße, Umweltstandards und Verweildauer richtet. Die Einnahmen
323 sollen zweckgebunden für Umweltschutzmaßnahmen in den Hafenstädten
324 verwendet werden.

325 Nachhaltige Fischerei und Schutz der Meeresressourcen:

- 326 • Fischereibetriebe sollen künftig bei der Diversifizierung unterstützt
327 werden, zum Beispiel in Bereichen der Erschließung neuer Zielarten,
328 Tourismus, Umweltbildung und Meeresnaturschutz. So wird die
329 wirtschaftliche Stabilität der Betriebe gesichert.
- 330 • Die Zusatzqualifikation zum Fachwirt „Fischerei und Meeresumwelt“ (Sea-
331 Ranger) soll verstetigt werden. Sie soll in die Ausbildung zur
332 Fischwirt*in integriert werden, um zur Diversifizierung und Stabilisierung

333 von Einkommen insbesondere in der Küstenfischerei beizutragen und das
334 Berufsbild zeitgemäß und vor allem auch attraktiv zu gestalten.

- 335 • Forschung und Beratung für Fischereiunternehmen soll stärker gefördert
336 werden, um Nachhaltigkeit in der Fischerei und umweltfreundliche
337 Fangmethoden zu entwickeln.

- 338 • Es soll eine Landesförderung geschaffen werden, die speziell auf die
339 nachhaltige Kleinfischerei ausgerichtet ist.

340 5. Sicherheitspolitik: Tatort Ostsee

341 Die geopolitischen Spannungen in der Ostseeregion nehmen zu. Der maritime Raum
342 Mecklenburg-Vorpommerns gerät stärker in den Fokus internationaler Akteure.
343 Insbesondere die russische Schattenflotte stand dabei zuletzt wiederholt im
344 Verdacht. Viele dieser Schiffe fahren unter wechselnden Flaggen, sind über
345 verschachtelte Konstrukte in Drittstaaten registriert und umgehen gezielt
346 Sanktionen. Sie nutzen Täuschungstaktiken wie das Abschalten von
347 Ortungssystemen, um ihre Herkunft und ihre Fracht zu verschleiern. So verlor der
348 Öltanker Eventin im Februar 2024 die Manövrierfähigkeit und drohte zu
349 havarien. Kurz darauf kam es zu einem ähnlichen Notfall des Tankers Jazz, bei
350 dem Sabotage vermutet wird. Ende 2024 durchtrennte das Schiff Eagle S
351 Unterseekabel zwischen Estland und Finnland. All diese Vorfälle zeigen: Energie-
352 und Kommunikationsleitungen in der Ostsee geraten systematisch ins Visier - mit
353 weitreichenden Folgen. Stromverbindungen und Kommunikationskabel sind essenziell
354 für Versorgung, Sicherheit und wirtschaftliche Stabilität. Hinzu kommt das
355 Umwelt- und Sicherheitsrisiko durch alte, schlecht gewartete Öltanker. Im
356 Havariefall drohen verheerende Folgen für Natur und Küstenregionen.

357 Vor diesem Hintergrund begrüßen und unterstützen wir den Aufbau der NATO Baltic
358 Task Force in Rostock und die enge Zusammenarbeit mit der NATO Mission Baltic
359 Sentry.

360 Doch wir wollen noch weitere Maßnahmen ergreifen, um den Frieden im Ostseeraum
361 zu sichern.

362 Katastrophenschutz ausbauen

- 363 • Relevante Teile der Union Preparedness Strategy sollen umgesetzt werden -
364 mit besonderem Fokus auf den Ausbau und regelmäßige Wartung von
365 Frühwarnsystemen für verschiedene Katastrophenszenarien (Hochwasser,
366 Sturmfluten, Waldbrände etc.). Zudem sollen Redundanzen für kritische
367 Infrastruktur geschaffen werden, insbesondere für Krankenhäuser,
368 Feuerwehren und andere Einrichtungen des Katastrophenschutzes: Die
369 Durchführung regelmäßiger Übungen und Stresstests für verschiedene
370 Einsatzszenarien unter Einbeziehung aller relevanten Akteure sollen
371 ebenfalls vorangetrieben werden.
- 372 • Der 2021 beschlossene Schulungsstandort der „Bundesakademie für
373 Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung“ auf dem Stralsunder Dänholm
374 mit dem Schwerpunkt „Wasserrettung“ ist umgehend durch das

375 Bundesinnenministerium umzusetzen. Die für den Neubau benötigten Gelder
376 sind durch den Bundeshaushalt bereitzustellen.

- 377 • Die Koordination zwischen verschiedenen Verwaltungsebenen muss verbessert
378 werden. Es braucht dafür die Etablierung klarer Kommunikations- und
379 Entscheidungsstrukturen zwischen kommunaler, Landes- und Bundesebene,
380 sowie regelmäßige gemeinsame Übungen und Schulungen der
381 Katastrophenschutzbehörden aller Ebenen. Die Ausarbeitung klar definierter
382 Zuständigkeiten und Reaktionsmechanismen muss ebenfalls forciert werden.
- 383 • Absicherung gegen wirtschaftliche Schäden und Umweltkatastrophen durch die
384 Einrichtung eines Landeshilfsfonds für Katastrophenfälle, in denen
385 Verursacher nicht zur Rechenschaft gezogen werden können.
- 386 • Die Kooperation mit dem privaten Sektor soll intensiviert werden,
387 insbesondere beim Austausch von Informationen durch die Betreiber der
388 Unterseekabel, um eine schnelle Reparatur zu gewährleisten und damit den
389 potenziellen Schaden zu minimieren.

390 Sicherheit im Ostseeraum stärken

- 391 • Die Zusammenarbeit mit allen Ostseeanrainern zur zivilen
392 Konfliktprävention und Friedenssicherung muss intensiviert werden. Dies
393 umfasst insbesondere die konsequente Umsetzung des VN-
394 Seerechtsübereinkommens und die Stärkung regionaler Kooperationsformate
395 wie dem Ostseerat.
- 396 • Für maritime Notfälle muss ein verbindlicher Krisenreaktionsmechanismus
397 etabliert werden, der eine enge Koordination und Kooperation bei der
398 Reparatur beschädigter Infrastruktur sowie bei der Festsetzung von
399 Schiffen, die Schäden verursachen, gewährleistet. Dieser Mechanismus soll
400 proaktiven Informationsaustausch und schnelle Kommunikationskanäle
401 zwischen den zuständigen Behörden der Ostseestaaten sicherstellen.
- 402 • Wir fordern die Entwicklung und Umsetzung eines umfassenden Schutzkonzepts
403 für kritische maritime Infrastruktur, insbesondere für Seehäfen,
404 Unterwasserpipelines, Stromleitungen und Datenkabel. Dies beinhaltet
405 Investitionen in fortschrittliche Überwachungstechnologien wie
406 hydroakustische Systeme und unbemannte Unterwasserdrohnen zur
407 Echtzeitüberwachung. Die Maßnahmen sollen an bestehende NATO-Initiativen
408 angebunden und mit zukünftigen EU-Maßnahmen wie der Cable Security Toolbox
409 harmonisiert werden.
- 410 • Der Dialog zwischen Umwelt- und Sicherheitspolitik soll intensiviert und
411 gefördert werden. Ziel ist es, militärische Aktivitäten in der Ostsee
412 umweltverträglich zu gestalten und Risiken für die maritime Ökologie zu
413 minimieren. Dabei soll die Durchsetzung von Umweltschutz- und
414 Sicherheitsstandards gemäß dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten
415 Nationen konsequent verfolgt werden.

416 Vorgehen gegen gezielte Sabotage

- 417 • Um die Sicherheit des Seeverkehrs in der Ostsee angesichts des steigenden
418 Verkehrsaufkommens zu erhöhen, sind moderne Navigationshilfen, verbesserte
419 Schiffsverkehrsdienste (VTS) und strenge Sicherheitsvorschriften
420 einzuführen und konsequent anzuwenden.
- 421 • Eine koordinierte Strategie soll entwickelt werden, um die von der
422 russischen "Schattenflotte" ausgehenden Bedrohungen zu bekämpfen. Auch
423 soll es künftig eine verstärkte Überwachung des Seeverkehrs und
424 intensiveren Austausch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse zwischen den
425 Ostseeanrainerstaaten geben.
- 426 • Es braucht einen klaren Rechtsrahmen zur Durchsetzung von Vorschriften zur
427 Minimierung von Sicherheitsrisiken, einschließlich der rechtssicheren
428 Option, Schiffe bei Verstößen gegen Sicherheitsbestimmungen festzusetzen.
429 Der Fall der Festsetzung des Tankers "Eventin" hat gezeigt, dass
430 Unklarheiten im rechtlichen Rahmen bestehen, die dringend beseitigt werden
431 müssen [6].
- 432 • Dringend notwendig sind die Einführung einer strengeren Überprüfung der
433 Versicherungen von Schiffen und die Unterbindung des illegalen Verkaufs
434 von Tankern an die russische Schattenflotte. Dies soll durch ein Verbot
435 für Schiffe ohne entsprechende Versicherung, sich in EU-Gewässern
436 aufzuhalten, gelingen sowie durch die Einführung einer nationalen
437 Steuerung von Schiffsverkäufen durch Reedereien mit vorheriger
438 Risikoprüfung.
- 439 • Schiffe, die unter Umgehung der von der EU verhängten Sanktionen
440 russisches Rohöl transportieren, sollen konsequent sanktioniert werden.
- 441 • Auf Bundesebene soll ein Sicherheitsgesetz erarbeitet werden, das die
442 Zuständigkeiten innerhalb der deutschen Hoheitsgewässer klar regelt und
443 Handlungssicherheit für die beteiligten Behörden schafft. Die
444 Landesregierung soll dabei unterstützen.
- 445 • Die Kapazitäten der Wasserschutzpolizei in Mecklenburg-Vorpommern müssen
446 erhöht werden, um eine effektivere Überwachung der Schifffahrtswege in den
447 Küstengewässern des Landes zu gewährleisten.

448 FAZIT

449 Klimaschutz und Sicherheit sind Gemeinschaftsaufgaben, die wir nur gemeinsam
450 bewältigen können. Mecklenburg-Vorpommern hat das Potenzial, Vorreiter beim
451 Schutz der Ostsee und auf dem Weg in eine klimaneutrale Zukunft zu werden. Das
452 gelingt aber nur, wenn wir ökologische Verantwortung, wirtschaftliche Vernunft
453 und sicherheitspolitisches Denken miteinander verbinden – anstatt sie
454 gegeneinander auszuspielen. Eine gesunde Umwelt ist keine Nebensache, sie ist
455 die Grundlage für Wohlstand und soziale Stabilität. Die Ostsee zeigt uns, wie
456 alles zusammenhängt: Wo Natur geschützt wird, bleibt Lebensqualität erhalten. Wo
457 nachhaltige Energie erzeugt wird, wächst die Unabhängigkeit. Und wo wir
458 gemeinsam handeln, entstehen Zukunftsperspektiven für alle. Deshalb fordern wir,

jetzt mutig voranzugehen – für eine starke Region, eine gesunde Ostsee und ein
Leben in Sicherheit und Frieden.

Referenzen:

- [1] 41. Deutsche Tourismusanalyse 2025, BAT-Stiftung für Zukunftsfragen.
- [2] European State of the Climate 2024, Copernicus Climate Change Service (C3S) and the World Meteorological Organization (WMO) and European Union, represented by the European Centre for Medium-Range Weather Forecasts (ECMWF), 2025.
<https://climate.copernicus.eu/esotc/2024>.
- [3] Landesverordnung über besondere Anforderungen an die Düngung in belasteten Gebieten (Düngelandesverordnung – DüLVO M-V), Anlage 1, 17. Januar 2023.
- [4] Munitionsbelastung der deutschen Meeresgewässer – Bestandsaufnahme und Empfehlungen (Stand 2011), Meeresumwelt Aktuell Nord- und Ostsee, 2011/3, Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH), Hamburg und Rostock 2011.
- [5] <https://www.kein-massentourismus-auf-puetnitz.de/2024/06/29/center-parcs-will-nach-alternativem-standort-fuer-puetnitz-suchen-wir-wollen-jetzt-klarheit/>
- [6] <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/tanker-eventin-rechtsmittel-100.html>

Unterstützer*innen

Denis Wermuth (KV Vorpommern-Rügen)